



Fw: Ihr Schreiben / Beantwortung der Fragen

20.08.2023 10:35

Von helmut pustolla <hpustolla@gmx.de>
An h.pustolla@t-online.de <h.pustolla@t-online.de>

Helmut Pustolla
Theodor-Heuss-Ring 53
97215 Uffenheim

Mobil: 0170/7341442
Fon: 09842/9532947
Mail: hpustolla@gmx.de

Gesendet: Freitag, 04. August 2023 um 12:39 Uhr
Von: "Schmidt, Gabi" <gabi.schmidt@fw-landtag.de>
An: "'info@seniorenbeiratuff.com'" <info@seniorenbeiratuff.com>
Betreff: Ihr Schreiben / Beantwortung der Fragen

Sehr geehrter Herr Pustolla,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Nachfolgend die Antworten von Frau Schmidt auf Ihre Fragen.

1. *Ärztlicher Nachwuchsmangel: Was halten Sie von der Idee, alternativ zur Ausbildung durch Bayern, Medizinstudenten das Studium im Ausland z.B. in Varna, Bulgarien etc., zu finanzieren mit der Verpflichtung, später als Vertragsarzt hier auf dem Land finanzieren?*

Von der Idee, unsere Medizinstudenten beispielsweise in Bulgarien ausbilden zu lassen, halte ich ehrlich gesagt wenig. Wir gehen bei der Landarztausbildung andere Wege. So hat Bayern als eines der ersten Bundesländer im Jahr 2020 die Landarztquote für das Medizinstudium eingeführt. Der Freistaat hält bis zu 5,8 Prozent aller Medizinstudienplätze an den sieben medizinischen Fakultäten in Bayern für Studierende vor, die ein besonderes Interesse an der hausärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum haben. Dafür verpflichten sich die jungen Menschen, später mindestens zehn Jahre lang als Hausärztin oder Hausarzt in einer Region zu arbeiten, die medizinisch unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht ist.

2. *Ärztlicher Versorgungsmangel auf dem Land: Welche Anreize können auf Landesebene für Vertragsärzte geschaffen werden?*

Es müssen generell Anreize zur Ansiedlung von Haus- und Fachärzten geschaffen werden, hier ist meiner Meinung nach nicht nur die Landesebene gefordert. Junge Ärztinnen und Ärzte müssen bei der Ansiedlung finanziell unterstützt werden und Ärzte, die eine Notarztausbildung beginnen, einen zusätzlichen Bonus erhalten. Natürlich müsste sich in diesem Zusammenhang auch die Kassenärztliche Vereinigung bewegen und innovativ Lösungen suchen und unterstützen. Es gibt auch Beispiele, wo Kommunen ansiedlungswilligen Medizinerinnen etwa Immobilien für ihre Hausarztpraxis zur Verfügung stellen.

Die Staatsregierung selbst ist auf diesem Gebiet bereits sehr aktiv: Eine möglichst flächendeckende, qualitativ hochwertige ambulante ärztliche Versorgung der Menschen überall in Bayern ist ein zentrales gesundheitspolitisches Anliegen der Staatsregierung. Die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im ländlichen Raum wird deshalb mit der Landarztprämie gefördert. Hierfür hat die Staatsregierung bereits im Jahr 2012 ein Förderprogramm zur Niederlassung von Hausärztinnen und Hausärzten gestartet, in den darauffolgenden Jahren

wurde die Unterstützung konsequent auf weitere Personengruppen ausgeweitet. Bis zum 30. Juni 2023 konnten bereits 1112 Ärztinnen und Ärzte bei der Praxisgründung beziehungsweise Filialbildung auf dem Land unterstützt werden, davon 763 Hausärztinnen und Hausärzte und 349 Fachärztinnen und Fachärzte.

3. *Erhöhter Versorgungsbedarf vs. fehlgesteuerte Notarztsituation: Wie soll die gesetzlich geforderte „planerisch kürzeste Fahrtzeit vom Notarztstandort“ erfüllt werden? Wie kann auf Landesebene die von der KVB vorgeschriebene Schließung des Notarztstandorts Uffenheim verhindert werden?*

Was die Diskussion um den Notarztstandort Uffenheim angeht, habe ich intensive Gespräche mit dem Ärztlichen Leiter Rettungsdienst, Dr. Hermann Schröter, geführt. Seinen Ausführungen zufolge hat sich die Eintreffzeit des Notarztes im Bereich Uffenheim durch die aktuelle Lösung nur minimal verlängert, was für die Patienten nach seiner Aussage keine relevante Verschlechterung der Situation bedeute. Gewährleistet werde dies allerdings durch die Einbindung der Rettungshubschrauber sowie geeignete Disposition der ILS. Selbstverständlich gebe es aber - wie an allen bayerischen Standorten - Einzelfälle, in denen die Eintreffzeit des Notarztes nicht eingehalten werden könne, z.B. wenn gerade alle bodengebundenen Notärzte sowie Rettungshubschrauber und Rettungswagen im Einsatz seien. Ein großes Problem ist, dass in Mittelfranken, aber auch bayernweit generell unzureichend Notärzte zur Verfügung stehen. Dieser generell bestehende Notarztmangel muss angegangen werden, auch durch finanzielle Anreize. Hinsichtlich des gemeinsamen Notarzt-Standorts bitte ich die Auswertung aller relevanten Daten abzuwarten: Erst auf Grundlage der belastbaren Zahlen und Daten können weitere Planungen erstellt werden. Benötigt werden dann Gespräche in großer Runde, bei denen man realistisch, ruhig und sachlich nach einer Lösung suchen muss.

Beste Grüße

Katrin Bayer

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Abgeordnetenbüro Gabi Schmidt, MdL

Voggenreuth 11

91486 Uehlfeld

Telefon +49 9163 997-5343

Telefax +49 9163 997-5344

www.schmidtgabi.de

Gabi Schmidt, MdL

Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
stellvertretende Vorsitzende der Freien Wähler Landtagsfraktion



Diese E-Mail könnte vertrauliche und/oder rechtlich geschützte Informationen enthalten. Wenn Sie nicht der richtige Adressat sind oder diese E-Mail irrtümlich erhalten haben, informieren Sie bitte sofort den Absender und vernichten diese E-Mail. Das unerlaubte Kopieren sowie die unbefugte Weitergabe dieser Mail sind nicht gestattet!

This e-mail may contain confidential and/or privileged information. If you are not the intended recipient (or have received this e-mail in error) please notify the sender immediately and destroy this e-mail. Any unauthorised copying, disclosure or distribution of the material in this e-mail is strictly forbidden!